

9. Friedensbewegung heute

Nachdem die antimilitaristische Opposition in den siebziger Jahren nie die Form einer Massenbewegung annehmen konnte, begann Anfang der achtziger Jahre eine Entwicklung, auf die selbst Optimisten nicht zu hoffen gewagt hatten: das Erstarren dieser Opposition zu einer „Neuen Friedensbewegung“.

Die Gründe für diese Entwicklung sind recht vielfältig; einige wesentliche sollen im folgenden skizziert werden.

Nachdem die Bedrohung durch Atomwaffen in den siebziger Jahren von den meisten Menschen kaum wahrgenommen wurde, waren es Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre vor allem zwei Ereignisse, die viele Bürger aufhorchen ließen:

1. Am 12.12.1979 faßte die NATO ihren inzwischen berühmt gewordenen „Nach“-Rüstungsbeschluß, der in der BRD auch als „Doppelbeschluß“ bekannt wurde. Zwei Tatsachen kristallisieren sich als schwerwiegende Faktoren dieses Beschlusses heraus: zum einen wäre die NATO bei einer Stationierung der in diesem Beschluß aufgeführten Waffen in Europa zum ersten Mal in der Lage, die Sowjetunion nicht nur von den USA aus atomar anzugreifen; zum anderen würden sich die „Nach“-Rüstungswaffen aufgrund ihrer technischen Konzeption als Erstschlagswaffen eignen. Eine Stationierung wurde für 1983/84 vorgesehen.

2. Ein weiteres Ereignis im Dezember 1979 erregte die öffentliche Aufmerksamkeit zunächst noch mehr als der „Nach“-Rüstungsbeschluß: der Einmarsch der sowjetischen Armee in Afghanistan. Diese Intervention löste heftige Reaktionen im Westen aus und ließ schlagartig eine gefährliche Spannung zwischen den beiden Blöcken entstehen.

Weitere wichtige Punkte, die das Entstehen einer Friedensbewegung beeinflussten, waren:

- die waffentechnischen Neuerungen und die Gefahren die damit verbunden sind gelangten zunehmend in das öffentliche Bewußtsein (z.B. die Diskussion um die Neutronenwaffe 1977);
- eine neue US-Regierung unter R. Reagan, die nicht länger auf Gleichgewicht, sondern auf militärische Überlegenheit setzte und politisch auf Konfrontationskurs mit der UdSSR ging;
- das öffentliche Nachdenken über die Führbarkeit und Gewinnbarkeit eines Atomkrieges sowie die Erkenntnis, daß dieser Krieg in Mitteleuropa stattfinden würde;
- nicht zuletzt ein sich abzeichnender Wertewandel bei dem „Leben bewahren“ erste Priorität erlangte.

Diese Ereignisse waren dazu angetan, zunehmend mehr Menschen für die offizielle Militärpolitik zu interessieren und gleichzeitig gegen sie zu mobilisieren.

Mit zahlreichen Aufrufen und Appellen verschiedener Organisationen und Berufsgruppen wurde ähnlich wie bei der Kampagne „Kampf dem Atomtod“ die Diskussion in die Öffentlichkeit getragen und die wachsende Opposition sichtbar. Um nur ein Beispiel zu nennen: innerhalb kurzer Zeit unterschrieben im August 1980 rund 2 000 Bürger den Appell „Der Kriegsgefahr nicht tatenlos zusehen“, der vom Komitee für Grundrechte und Demokratie initiiert und in der Wochenzeitung DIE ZEIT veröffentlicht worden war. In ihm heißt es unter anderem:

„Was unvorstellbar war, ist eingetreten. In Europa, in Deutschland wird wieder von der Möglichkeit eines Krieges gesprochen. (...) Lassen wir uns von den herrschenden Sicherheitsformeln nicht täuschen: Wir müssen uns selbst um unsere 'äussere' Sicherheit kümmern; wir können diese Sicherheit nicht vertrauensvoll den Supermächten und nicht den Berufspolitikern und Experten überlassen; wir müssen selbst für eine Friedenspolitik jenseits der angstbeladenen Abschreckungspolitik

eintreten. Es gibt Anzeichen dafür, daß sich diese Realität nicht länger verdrängen läßt. Viele begreifen, man kann Angst nicht dadurch abschaffen, daß man auf ein risikovolles und kostenreiches 'Sicherheitssystem' vertraut. Die Einsicht wächst, daß man selbst etwas dafür tun muß, daß eine Politik betrieben wird, die ohne Angst auskommt. Aufgaben und Rüstung des Militärs sind wieder Gegenstand breiter politischer Diskussion geworden. Viele Gruppen sind aktiv geworden, um zu einer Friedenspolitik zu mobilisieren.“ (123)

Das kritische Potential, das sich in den siebziger Jahren in vielfältigen Ansätzen etabliert und herauskristallisiert hatte, nahm sich nun der atomaren Rüstung verstärkt an. Vor allem die zahlreichen Menschen, die sich in der Ökologiebewegung po-



**GEGEN DIE
ATOMARE
BEDROHUNG
GEMEINSAM
VORGEHEN!**

**DEMONSTRATION
UND KUNDGEBUNG
AM 10.10. IN BONN
FÜR ABRÜSTUNG
UND ENTSPANNUNG IN EUROPA!**

Veranstalter: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Jebensstraße 1,
1000 Berlin 12, Telefon: 030/31 02 61
Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden,
Blücherstraße 14, 5300 Bonn 1, Telefon: 0228/22 95 06
(Verantwortlich für die Koordination)

lisiert hatten, engagierten sich nun gegen die Kriegsgefahr durch Atomwaffen. Aber auch andere Gruppierungen und Bewegungen, die bereits im vorhergehenden Kapitel angedeutet wurden, konnten nun ein beträchtliches Potential an Menschen und Erfahrungen in die neue Bewegung einbringen.

Neue Initiativen und Aufrufe, diesmal unabhängig von SPD und DGB, kennzeichneten die weitere Entwicklung im Laufe des Jahres 1980. So rief die „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste“ nach niederländischem Vorbild zu bundesweiten Friedenswochen unter dem Motto „Frieden schaffen ohne Waffen“ auf. Im November 1980 und 1981 wurden daraufhin in mehreren hundert Orten Veranstaltungen und Friedenswochen durchgeführt. Ebenfalls im November 1980 wurde der „Krefelder Appell“ mit der zentralen Aufforderung an die Bundesregierung, „die Zustimmung zur Stationierung von Pershing II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen“, veröffentlicht. Ihn unterzeichneten bisher über 2 Millionen Menschen.

Bundesweit entstanden Gruppen und Zusammenschlüsse wie die „Frauen für Frieden“ und „Reservisten gegen den Krieg“, um nur zwei aus deren Vielfalt herauszugreifen. Einen neuen, zusätzlichen Mobilisierungseffekt brachte und bringt die US-Regierung unter Präsident Reagan mit sich, die seit Januar 1981 im Amt ist. Das öffentliche Nachdenken Reagans und seiner Mitarbeiter über die Möglichkeiten eines auf Europa begrenzten Atomkrieges und ihr beispielloses Aufrüstungsprogramm sind Faktoren, die den Willen vieler Bürger zur Opposition gegen die angebliche Sicherheitspolitik steigerten.

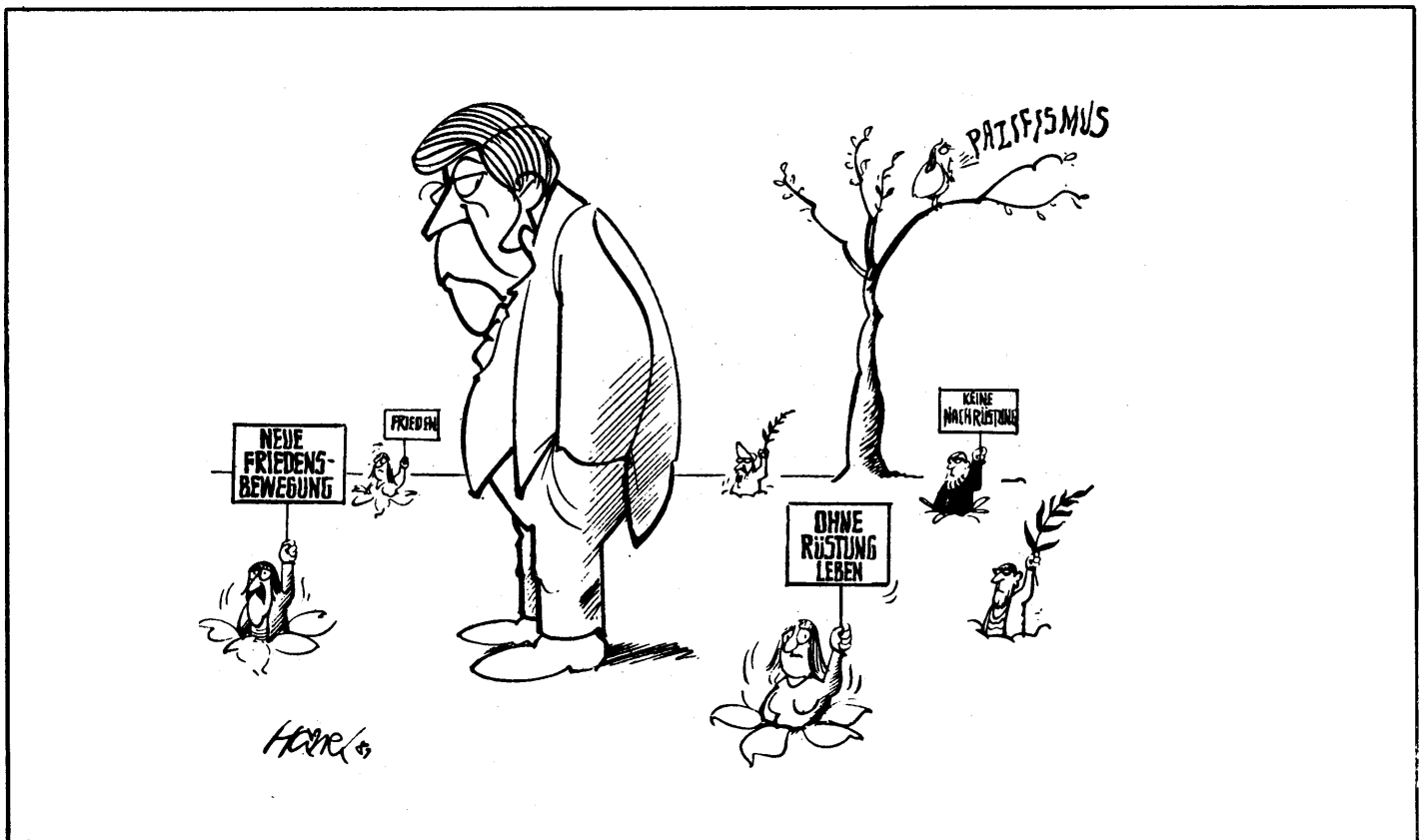
So verwundert es nicht, daß sich 1981 bei der Bonner Demonstration am 10.10. über 300 000 Menschen versammelten, um nur die Großveranstaltung zu nennen, die am meisten Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit gefunden hat.

Als charakteristische Merkmale der neuen Friedensbewegung haben sich bislang herausgebildet:

- Emotionale Betroffenheit bildet für einen großen Teil der in der Friedensbewegung aktiven Menschen die Grundlage für ihr Engagement. „Fürchtet Euch“ lautete das Gegenmotto auf dem Ev. Kirchentag 1981 in Hamburg, der unter der offiziellen Losung „Fürchtet Euch nicht“ stattfand. Von Politikern aller Parteien und in Berichten der Medien wird

seither immer wieder versucht, die Bewegung als „Angstbewegung“ abzuqualifizieren.

- Die Friedensbewegung stellt sich zunächst noch in großen Teilen als eine „Ein-Punkt-Bewegung“ dar, die auf die Forderung nach Rücknahme des „Nach“-Rüstungsbeschlusses ausgerichtet ist. Diese Forderung ergibt für die vielen sich zur Bewegung zählenden Gruppen einen gemeinsamen Nenner und ermöglicht ein breites Bündnis.
- Trotz dieser gemeinsamen Forderung stellt die Friedensbewegung keine einheitliche Bewegung dar, sondern setzt sich aus den unterschiedlichsten Gruppen mit einem großen Meinungsspektrum zusammen. Viele politische und religiöse Weltanschauungen treffen zusammen. Gerade dies gibt der Friedensbewegung ihre Stärke.
- Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen haben auf vielfältige Art Gelegenheit, einen Platz in der Friedensbewegung zu finden, der ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten entspricht. Es ergibt sich so eine stark an der Basis orientierte Bewegung, die in Parteien und Großorganisationen hineinwirkt, sich aber nicht von diesen vereinnahmen läßt.
- Der Vorwurf einer „kommunistischen Unterwanderung“ stellt eine Kontinuität in den bisherigen Erfahrungen der Menschen in der Friedensbewegung dar und wird auch gegen die „Neue Friedensbewegung“ erhoben. Dabei kommt es zu manchen Kuriositäten. So erstellte beispielsweise das Verteidigungsministerium ein Schaubild mit direkten Verbindungslinien vom ZK der KPdSU zu Gert Bastian, General a.D. und Mitinitiator des „Krefelder Appells“. Erst nach öffentlichen Protesten wurde dies zurückgezogen. (124)
- Innerhalb der Friedensbewegung findet verstärkt eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den eine Minderheit repräsentierenden „Real-Sozialisten“ der DKP und der ihr nahestehenden Organisationen statt. Vor allem in den Debatten um Polen und der Einschätzung der Friedensbewegung in der DDR kommt es zu Konflikten.
- Es gibt keine zentrale Organisationsstelle der Friedensbewegung. Gemeinsame Richtlinien und Vorgehensweisen werden auf lokalen, regionalen und bundesweiten Treffen von Vertretern der Gruppen und Organisationen diskutiert. Die Friedensbewegung ist eine dezentrale Basisbewegung.



Ostermarsch '82



Beim Propheten Micha im Alten Testament heißt es: „Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Speße zu Sicheln machen.“ Nach diesem Vers ist das Friedensdenkmal vor dem UNO-Gebäude in New York gebildet. Die junge unabhängige Friedensbewegung in der DDR hat dieses Symbol der Pflugschar zu ihrem Zeichen gewählt. Wir rufen jeden, der sich mit der Friedensbewegung in der DDR solidarieren möchte, auf: Nehmt diese Seite aus der Zeitung heraus, und macht Euch daraus ein Plakat, das Ihr bei den Ostermärschen, an denen Ihr teilnehmen werdet, mitführt. Wir haben diese Anzeige vorfinanziert und bitten alle, die diesem Vorschlag zustimmen, um eine Spende: Vack-Sonderkonto, 6121 Sensbachtal, Postscheckamt Frankfurt Nr. 393556-600. Es rufen auf: Heinrich Albertz, Andreas Buro, Ingeborg Drewitz, Erhard Eppler, Robert Jungk, Petra Kelly, Klaus Vack.

10. Perspektiven

„Wie weitermachen?“ – Diese Frage wird bei regionalen und bundesweiten Planungskonferenzen der heute in der Friedensbewegung engagierten Gruppen genauso gestellt wie innerhalb der lokalen Zusammenschlüsse. Die Rückkehr von Bonn, der großen Massenkundgebung, bedeutet nicht nur Ermunterung durch die dort erfahrene politische und menschliche Solidarität sondern auch für weite Kreise eine gewisse Ratlosigkeit. „Wie weitermachen?“ – Die Beantwortung dieser Frage, die Suche nach gehbaren Wegen und Perspektiven wird entscheidende Auswirkungen für den möglichen Erfolg der heutigen Friedensbewegung haben.

Wir wollen im folgenden versuchen, Ansätze kurz- und langfristiger Perspektiven aufzuzeigen. Es sollen und können dies keine fertigen Antworten und schon gar keine Rezepte sein, sondern Anregungen zum Nachdenken und für gemeinsame Diskussionen. Denn die Antworten auf das „Wie weitermachen?“ können nur in den Gesprächen innerhalb der Gruppen entstehen.

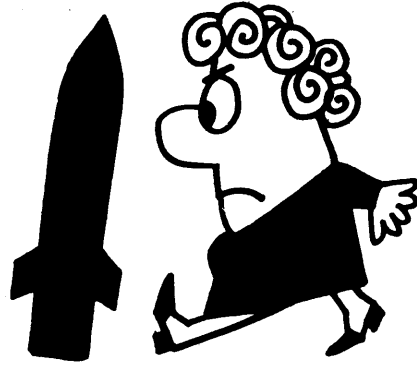
Die Erfahrungen mit antimilitaristischer Arbeit in der Bundesrepublik zeigen, daß es bislang nie gelungen ist, große Teile der Bevölkerung langfristig zu erreichen und zu gewinnen. Dies ist aber unserer Meinung nach Voraussetzung, um politisch erfolgreich sein zu können. Der Bevölkerung muß die Frage von Rüstung und Abrüstung als die existenzielle Frage des heutigen Atomzeitalters deutlich gemacht werden. Hierzu ist eine auf Langfristigkeit angelegte, oft sehr mühevoll arbeit unbedingte erforderlich.

Dazu gehört auch, daß die Bedrohungsängste und Sicherheitsbedürfnisse der Einzelnen ernst zu nehmen sind. Es sind deshalb Alternativen zur gegenwärtigen Sicherheits- und Militärpolitik zu entwickeln, die dies berücksichtigen. In diesem Zusammenhang bekommen die „Alternativen Sicherheitskonzepte“; wie sie vor allem in der Friedensforschung entwickelt werden, ihre besondere Bedeutung. Wenn die Friedensbewegung diese Alternativen noch stärker als bisher aufgreifen und versuchen würde, sie einerseits auf ihre Realisierbarkeit hin weiterzuentwickeln und sie gleichzeitig einer breiten Öffentlichkeit bekanntzumachen, könnte dies eine große Chance bieten. Das Denken in den Kategorien des herkömmlichen „Sicherheitskonzeptes“ könnte aufgebrochen und den Menschen die aus ihren Sicherheitsbedürfnissen resultierenden Ängste wenigstens teilweise genommen werden. Neue Konzepte – ob „Gradualismus“ (einseitige kalkulierte Abrüstungsschritte) oder „Defensivkonzept“ (Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer reinen Defensivtruppe), um nur zwei zu nennen – müssen daraufhin geprüft werden, ob sie realisierbar sind und welche ersten kleinen Schritte sich daraus heute als konkrete Forderungen ergeben. Die Friedensbewegung könnte durch eine inhaltliche Auseinandersetzung zu einer fachlich kompetenten Bewegung werden, die dadurch auch politisch gewichtiger würde: „Da solche Alternativen einen politischen Zugang zum Problem der Friedenssicherung und Konfliktregelung finden müssen, würde in ihrer Erörterung die militärische Borniertheit durchbrochen und der Blick frei auf die politischen, ökonomischen und sozialen Ursachen von Konflikten“. (125) Alternative Sicherheitskonzepte verlangen gleichzeitig eine gesellschaftsverändernde Perspektive, die auf eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft hinzielt. Das bedeutet, daß die Friedensbewegung zugleich langfristig eine Bewegung sein muß, die eine Veränderung dieser politischen, ökonomischen und sozialen Strukturen in Richtung auf mehr Demokratie anstrebt.

Neben diesen eher auf Langfristigkeit angelegten Perspektiven muß ein vordringliches Ziel die Verhinderung der „Nach“-Rü-

stung sein, um die Chance auf einen auf Europa begrenzten Atomkrieg zu vermindern und die endlose Folge von Nach-Nach-Rüstungen aufzuheben. Die Möglichkeiten und Aussichten, dies zu erreichen, müssen intensiv und sorgfältig diskutiert werden.

Zu den wichtigen Aufgaben der Bewegung wird eine stärkere Internationalisierung gehören. Engere Zusammenarbeit mit



Friedensbewegungen in anderen Ländern, gerade auch in den vom „Nach“-Rüstungsbeschluß betroffenen Nachbarstaaten, wäre notwendig und effektiv, um eine gemeinsame Vorgehensweise zu erreichen und voneinander zu lernen. Verstärkte Kontakte mit der amerikanischen Friedensbewegung können auf vielfältige Art geknüpft werden; nicht nur um dem Vorwurf des Anti-Amerikanismus zu entgegnen, sondern um sich gemeinsam beim Eintreten gegen die herrschende Sicherheitspolitik zu stärken. Solidarität mit Basisbewegungen in Ländern wie Polen und El Salvador und die Suche nach Kooperationsmöglichkeiten muß unseres Erachtens unabdingbar zum Internationalismus der Friedensbewegung gehören.

Friedensgefährdende Momente auf nationaler und internationaler Ebene müssen konsequent als solche angeklagt und ebenso zu öffentlichen Debatten werden wie die Diskussion um den „Nach“-Rüstungsbeschluß. Warum z.B. regt sich innerhalb der Friedensbewegung kein lauter Protest gegen die derzeitige Praxis und Entwicklung um den Rüstungsexport, für dessen friedensgefährdendes Wirken Beispiele genügend vorhanden sind? Kein gesellschafts- und sicherheitspolitischer Bereich darf mehr sogenannten „Real-Politikern“ überlassen bleiben. Dies bedarf einer angestrebten, inhaltlichen Arbeit innerhalb der Friedensgruppen.

Durch die Beschäftigung mit alternativen Sicherheitskonzepten sowie das Aufgreifen der oben genannten Themenkomplexe würde sich die Bewegung von einer „Ein-Punkt-Bewegung“ gegen die „Nach“-Rüstung zu einer umfassenden politischen Bewegung entwickeln. Diese könnte als gesellschaftliche Kraft auch nach einer möglichen Durchführung der „Nach“-Rüstung arbeits- und wirkungsfähig bleiben. Eine alleinige Fixierung auf die „Nach“-Rüstung würde nicht nur bei einer Durchführung des Beschlusses langfristig Probleme für Perspektiven und Überleben der Bewegung ergeben.

„Friedensbewegung muß ansteckend sein, innerhalb unseres Landes und über seine Grenzen hinaus. Sie wird dies, wenn sie Frieden ausstrahlt, auch in ihren Methoden. Nichts ist wichtiger als der Frieden. Das erfordert aber, für den Frieden nur mit friedlichen Mitteln einzutreten, die die Unversehrtheit des Andersdenkenden achten. Darauf beruhen die starken Wirkungen der Bonner Friedensdemonstration des 10. Oktober und die große Mobilisierung der Friedenswochen im November 1981.“ Eine Aussage des im Februar 1982 veröffentlichten

„Friedensmanifestes '82“, unterschrieben von einem breiten Spektrum von in der Friedensbewegung engagierten Persönlichkeiten, die einen eindeutigen Rahmen für alle zukünftigen Aktionen und Vorgehensweisen steckt. Nur durch gewaltfreies Vorgehen wird die Glaubwürdigkeit und Ernsthaftigkeit erhalten und erweitert werden können. Gewaltfreiheit muß zum Selbstverständnis der ganzen Bewegung gehören. Vor allem in Hinblick auf Blockaden von militärischen Einrichtungen in Verbindung mit Verhinderungsstrategien der Durchführung der „Nach“-Rüstung sollte dieser Komplex in den Gruppen diskutiert und eindeutig geklärt werden.

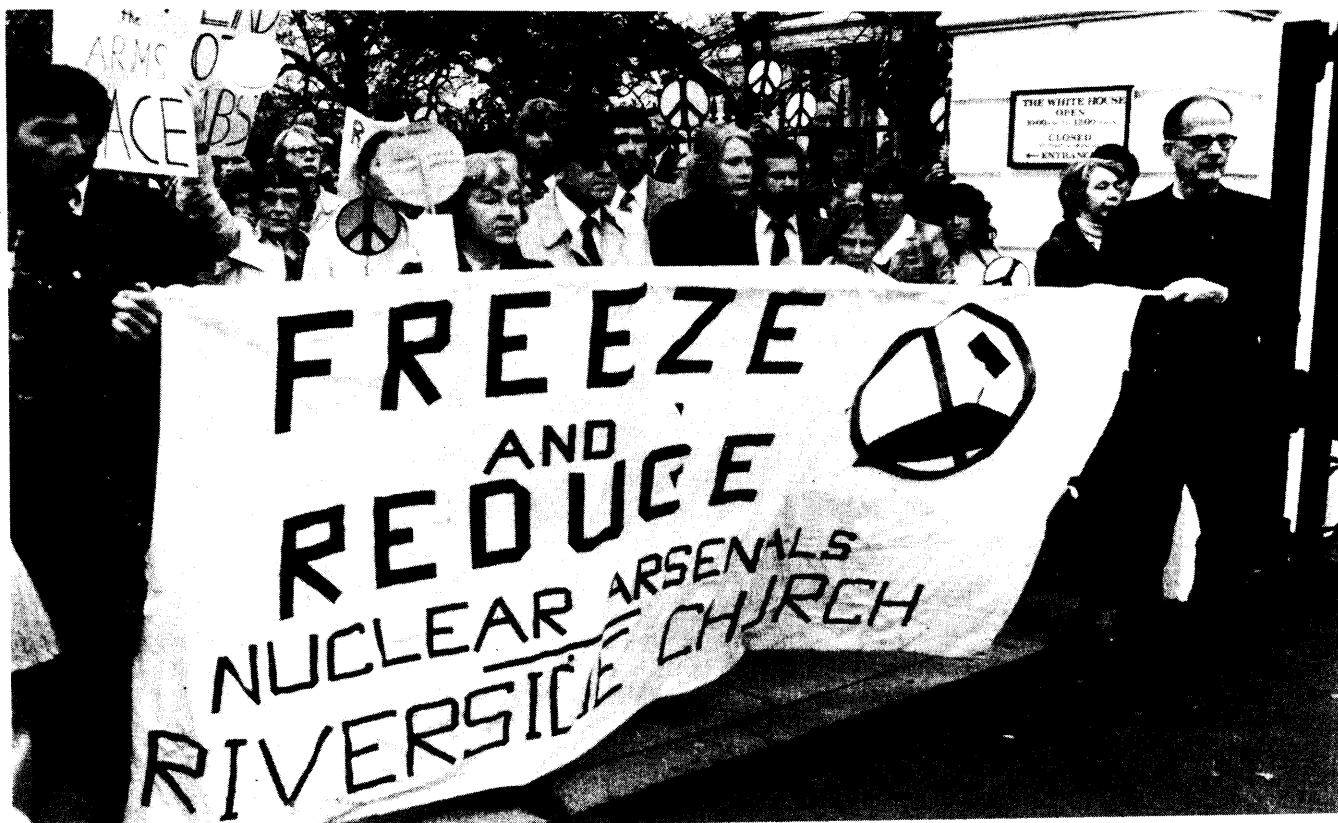
Innerhalb dieses Rahmens der absoluten Gewaltfreiheit sind der Phantasie in Bezug auf Aktionen keine Grenzen gesetzt. Die Friedensbewegung hat bisher bewiesen, daß es ihr an dieser Einsicht nicht mangelt. Neue Aktionsformen werden entwickelt, die auf immer differenziertere Art Gelegenheit geben, Menschen anzusprechen, die eigene Ernsthaftigkeit unter Beweis zu stellen und damit Druck auf Politiker und Parteien ausüben zu können. Friedensschweigestunden, öffentliche „Vereidigung“ von Kriegsdienstverweigerern, Wehrpaßvernichtung, Straßentheater mit sogenannten „die-ins“ (simuliertes Massensterben) und die neuaufgelebte Tradition der Ostermärsche mit ihrer Vielfältigkeit sind nur einige Beispiele.

Wie die Erfahrungen der Ökologiebewegung zeigen, können Bedrohungen, die sich in unmittelbarer Nähe befinden, zum Teil massive Betroffenheit bei den Menschen auslösen. Um dies auch hinsichtlich der Atomwaffen zu erreichen, sollte verstärkt auf die Stationierungsorte hingewiesen werden. Spektakuläre Aktionen wie gewaltfreie Blockaden können ein geeignetes Mittel sein, um die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen und um die Entschlossenheit und Ernsthaftigkeit der Atomwaffengegner zu demonstrieren. Auch im Hinblick auf eine langfristig anzustrebende Umstellung auf eine soziale Verteidigung können gewaltfreie Aktionen eine gute Möglichkeit bieten, Erfahrungen zu sammeln und bestimmte Verhaltens-

weisen einzuüben. Hier wird man noch viel planen und überlegen müssen, um eine starke und wirksame Basisarbeit zu erreichen.

Weitere Probleme, deren Klärung für das weitere Anwachsen der Bewegung Voraussetzung sein wird, wollen wir an dieser Stelle nur anreißen:

- Die Bewegung muß zu einer realistischen Einschätzung sowohl der Bedrohung durch die amerikanische als auch durch die sowjetische Hochrüstung kommen. Ideologische Hemmungen und Vorurteile dürfen dabei keine Rolle spielen. Wer sich mit der sowjetischen Rüstung beschäftigt und deren Gefahren kritisiert, ist noch lange kein Anti-Kommunist. Dasselbe gilt für die Kritik an der amerikanischen Rüstung. Dies soll nicht zu einer „Ausgewogenheit“ der Bedrohungsanalyse führen. Denn es gibt nirgends auf der Welt „friedliche“ Waffen.
- Die Organisationsfrage wird sich bei wachsender Größe der Bewegung akuter stellen als dies heute der Fall ist. Wichtigste Bedingung für alle Lösungsversuche muß die absolute Unabhängigkeit von taktierenden Parteien und Organisationen sowie eine strikte Basisorientierung sein.
- Bündnisse und Aktionseinheiten werden bei zunehmender inhaltlicher Auseinandersetzung verstärkt Probleme mit sich bringen. Sie sollten nicht unter Druck einer immer währenden Gemeinsamkeit unter Vermeidung einer „Spaltung“ geschlossen werden, sondern müssen von Fall zu Fall neu diskutiert und eingegangen werden. Konflikte dürfen dabei nicht künstlich vermieden werden.
- Das Verhältnis zu den Parteien wird weiterhin ein wichtiger Diskussionspunkt sein. Als Entscheidungsträger einer parlamentarischen Demokratie muß auf sie verstärkt eingewirkt werden. Oberste Prämisse bleibt dabei die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Bewegung. Nur so wird sie sich langfristig entwickeln können.



Anmerkungen

- (113) Vilmar, F. in: Wochen-Schau, Nr. 13/14, 1977
- (114) Albrecht, U. in: Frankfurter Rundschau, 6.2.1982
- (115) Vgl. Schlaga, R. in: Graswurzelrevolution, Nr. 62, 2/82
- (116) Vgl. Ebert, T. in: Junge Kirche, 7/1977, S. 377
- (117) Zit. nach antimilitarismusinformationen, 3/1980
- (118) Barth, P.: Bundeswehr in Staat und Gesellschaft, München 1982, S.72
- (119) Zit. nach Ebert, T. in: Junge Kirche, 7/1977, S. 377
- (120) Ebenda
- (121) Ebert, T. in: Gewaltfreie Aktion, 45/46, S. 5ff.
- (122) Vgl., Ebert, T. in: Junge Kirche, 7/1977, S. 379ff.